

Ihr Kasse vierteljährlich bei postmaligen...
Bestellung 2,50 M., durch die Post...
Befehlungen werden von allen Reichs-...
postamtlichen angenommen.

Saale-Zeitung.

Zweimüldersgrüher Jahrgang.

werden die Spaltenpreise aber dem...
Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit...
20 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-...
stelle, Gr. Ulrichstraße 68, 1 sowie von...
unserer Annahmestellen aus allen...
Innennenn-Expeditionen angenommen.

Redaktion und Haupt-Geschäfts-...
stelle: Halle, Gr. Sandenstraße 17;...
Telegraphen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrich-...
straße 68, 1; Telephon Nr. 590 u. 591.

Die geheime Wahl.

Man schreibt uns:
Im Kampf um die Beseitigung des „elendesten aller...
Wahlensysteme“ steht an erster Stelle die Forderung der...
Einführung der geheimen Wahl für die preussischen...
Landtagswahlen. Es ist selbstverständlich, daß der ent-...
scheidende Liberalismus für die Einführung des...
geheimen Wahlrechts für alle Wahlen eintritt. Auch die...
Nationalliberalen haben sich neuerdings entschlossen, die...
geheime Wahl für Preußen zu fordern. Die...
Konserwativen verharren in ihrem Widerstand, obwohl...
auch im konserwativen Lager die Erkenntnis wächst, daß...
gerade die öffentliche Wahl den sozialdemokratischen Ter-...
rorismus fördert und häufig nicht sozialdemokratisch ge-...
sinnnte Wähler verführt, ihrer wahren Meinung öffent-...
lich Ausdruck zu geben.

Die Heftigkeit, mit der sich die Konserwativen...
gegen die Einführung des geheimen Wahlrechts für die...
preussischen Landtagswahlen erklären, ist um so unbegrif-...
flicher, als 1872 eine konserwativer Mehrheit des...
Abgeordnetenhauses nach dem Vorschlag der konserwativen...
Regierung eine Kreisordnung annahm, mit der die...
geheime Wahl garantierende Vorschrift: „Die Wahlen er-...
folgen durch abgetrennte, bei der Verhandlung zu ver-...
weilende Stimmzettel.“ Auch die 1875 erlassene Pro-...
vinzialordnung bestimmte: „Die Wahl erfolgt durch...
Stimmzettel.“ Derart war früher die Zweckmäßigkeit der...
geheimen Abstimmung allgemeine Ueberzeugung, daß der...
1876 dem preussischen Abgeordnetenhaus vorgelegte Ent-...
wurf einer neuen Städtordnung zwar wegen vieler...
anderer Bestimmungen, aber nicht im mindesten wegen des...
Vorschlags bemängelt wurde, bei den städtischen Wahlen...
das geheime Wahlrecht einzuführen. Die Regierung be-...
gründete damals ihre Vorlage ganz kurz mit folgender für...
den Ministerpräsidenten Fürsten Bismarck heute gewiß nicht...
uninteressanten Bemerkung:

Der Entwurf folgt in diesem Punkte dem System des...
Reichswahlgesetzes vom 31. Mai 1869. Das diesem System zu...
Grund liegende Motiv, die Wähler vor illegitimen Beein-...
flussungen und vor der Notwendigkeit einer Rück-...
sichtnahme auf Personen und äußere Verhältnisse zu bewahren...
trifft in verstärktem Maße bei den auch bezüglich der passiven...
Wahlfähigkeit in dem engeren Kreise der Mitglieder einer und...
derselben Gemeinde sich vollziehenden Urwahlen zu.

Die Städtordnung scheiterte damals an dem Wider-...
stand des Herrenhauses, dieses Musters eines Parlaments...
es nicht sein soll. Dabei ist gerade auch für das...
Herrenhaus die geheime Wahl vorgeschrieben, soweit für...
die Mitglieder des Herrenhauses eine...
Wahl überhaupt in Frage kommt. So bestimmt das...
Reglement über die Wahl der seitens der Verbände des...
alten und befestigten Grundbesitzes und der Provinzial-...
verbände der Grafen zu präsentierenden Mitglieder des...
Herrenhauses: „Die Wahlstimmen werden mittels ver-...
deckter Stimmzettel abgegeben.“

Auch sonst ist in konserwativen Kreisen die Vorliebe...
für die öffentliche Wahl keineswegs allgemein. Das...
trat unter anderem deutlich vor einer Reihe von Jahren...
in einer Petition des konserwativen Minden-Havens-...
berger Volkvereins hervor, die dem Abgeordnetenhaus...
eindringlich die Gefahren der öffentlichen Stimmabgabe...
für die Handwerker und kleinen Gewerbetreibenden schil-...
derte und die Einführung des geheimen Wahlrechts bei...
den Landtagswahlen mit der Begründung forderte: „Weil...
doch diesen Leuten nichts übrig, als so zu stimmen, wie...
ihre Brötheren verlangen.“ Diese Wirkung verlangte...
jedoch die Konserwativen vielfach von der öffent-...
lichen Wahl. Das hat mit aller Offenheit der frühere...
Führer der Konserwativen u. Kaufmann im Abgeordneten-...
haus ausgesprochen, als dort am 5. Dezember 1883 ein...
freiwiliger Antrag Stern beraten wurde: „Die königliche...
Staatsregierung zu erlauben, den beiden Häusern des Land-...
tags im Laufe der jetzigen Legislaturperiode Vorlagen zu...
machen, durch welche unter Abänderung der bestehenden...
gesetzlichen Bestimmungen die öffentliche Stimmabgabe bei...
den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Kom-...
munalvertretungen beseitigt und durch geheime Abstimmung...
ersetzt wird. Bei dieser Gelegenheit erklärte der da-...
malige Minister des Innern v. Puttkamer, daß die...
Regierung nicht nur diesem Antrage widerspreche, son-...
dern auch es als eine willkommene Gelegenheit ansehe, zu...
untersuchen, ob die geheime Abstimmung sich bei den...
Landtagswahlen bewährt habe. Abg. v. Rauchhaupt als...
Führer der Konserwativen, stimmte dem Minister zu. Er...
meinte, der geheime Stimmzettel sei das Ven-...
till, um das auf gegenseitiger Treue und dem gegen-...
seitigen Vertrauen beruhende Verhältnis zwischen Arbeitgeber

und Arbeitnehmer zu zerstören (!) „Es legalisiert die...
Täuschung des Arbeitgebers und verführt den Treubruch...
wider den Arbeiter seine wirtschaftliche Meinung durch den...
Stimmzettel verdeckt.“ Es liegt auf der Hand, daß solche...
Redewendungen nur bestimmt sind, unzulässige...
Wahlbeeinflussungen zu — bemänteln!

Deutsches Reich.

Ein Wahlstreif der Beamten.

Die Aufhebung der preussischen und der...
Reichsbeamten ist, wie bekannt, auf den Herbst ver-...
schoben worden. Die preussische Regierung machte die...
Gewährung der Gehaltserhöhungen von der Deutzer-...
frage abhängig, indem sie zugleich ein einheitliches Vor-...
gebot mit dem Reiche für notwendig hielt. Die geplante...
Aufhebung soll während der Kraft erhalten. Um für den...
Augenblick den Beamten entgegenzukommen, werden im...
Reiche und in Preußen Teuerungszulagen geplant. Die...
Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses...
ist mit ihren Beratungen fertig und das Abgeord-...
nethaus wird die Vorlage in der in der Kommission...
festgestellten Form annehmen müssen, um so den Beamten...
die Auszahlung der Teuerungszulagen noch vor Oster-...
n zu ermöglichen. Im Reichstage wird es allerdings...
wegen der Beratungen des Vereins- und des Härte-...
falle kaum möglich sein, die Teuerungsvorlage noch vor den...
Festtagen zu erledigen. Die Beamten sind enttäuscht, die...
schon so lange erhoffte Gehaltserhöhung ist bis auf weiteres...
verschieben und kann noch manche Veränderung erfahren. Und...
Teuerungszulagen sind, wie das „Leipz. Tagbl.“ ganz...
richtig ausführt, nicht das, was der Beamte will, er will...
eine feste Summe, mit der er ständig in seinem Haus-...
haltetat rechnen kann. Gerade der Beamte, Staats-...
sowohl wie Privatbeamte, ist derjenige, der es am empfind-...
lichsten merkt, wenn die Preise für alles steigen. — Trotz...
dieser abermaligen Enttäuschung dürfte der Gedanke, den...
die „Berliner Beamten-Zeitung“ anregt und der darin...
besteht, die Beamten möchten sich bei den kommenden...
Wahlen der Stimme enthalten, wenig Gegenliebe fin-...
den. Das Berliner Blatt meint nämlich:

„Die Wahlenthaltung, die in sich natürlich auch den...
Verzicht auf jede agitatorische Betätigung schließen würde...
strafte die Parteien da, wo sie am empfindlichsten sind. Sie...
werden sich einmal ohne die Willigen Wahl- und Schlep-...
penden begeben müssen, die ihnen sonst von den Beamten...
gerne und reichlich geleistet worden sind. ... Das würde...
erhöhte Geldausgaben bedeuten, und die Herren, die sozial...
darauf legen, in das Haus einzuziehen, werden nur geringes...
Geld verdienen, ein zweites Mal unter gleichen Bedingungen...
in den Wahlkampf einzutreten. ... Vielleicht trägt...
dieses Moment dazu bei, etwas mehr Einsicht für die Erfor-...
dernisse der Beamtenwelt zu verbreiten.“ „Dieser Regierung...
und diesen Parteien seine Stimme“, heißt es weiter. Anderer-...
seits soll diese Wahlenthaltung nur dort gelöst werden, wo...
preussische Landtagswahlkreise nicht von Polen oder von...
Sozialdemokraten bedroht werden.

Wir würden einen solchen „Streif“ nicht für an-...
gebracht halten, so sehr auch der Unmut der Beamten...
menschlich begreiflich ist; denn eine Wahlenthaltung der...
Beamten müßte in manchen Wahlkreisen zur Stärkung der...
reaktionären Kandidaten dienen. Und die machten...
dann das Uebel nur noch größer!

Das deutsche Kaiserpaar in Palermo.

Aus Palermo a wird uns unterm 7. April gemeldet:...
Die Stadt ist mit Fahren reich geschmückt. Vom Landungs-...
platz bis zur Porta Calena zieht sich eine Reihe von Flaggen-...
masten, die durch Girlanden verbunden sind. Der Kaiser...
die Kaiserin, Prinz August Wilhelm und die...
Prinzessin Viktoria Luise begaben sich mit Ge-...
folge um 10 Uhr an Land, wo sie von der Bevölkerung aufs...
herzlichste begrüßt wurden, und machten in Automobilen...
die aus der hiesigen Gesellschaft zur Verfügung gestellt waren...
einen Ausflug nach Monreale. Während der Majestäten...
und die übrigen Herrschaften die dortigen Sebenswürdig-...
keiten besichtigten, verbrannte infolge einer Unvorsichtigkeit...
eines der zur Verfügung gestellten Automobile. Unange-...
nehme Folgen hatte der Unfall nicht. Auf dem Rückwege...
die Villa Losca besuchte. Die kaiserlichen Herrschaften...
kehrten nach 1 1/2 Uhr ab Nord der „Hohenollern“ zurück. Das...
Wetter ist schön. Bei der Frühmahlzeit sah der Kaiser...
zwischen dem Präzidenten Marchese de Geta und dem...
Sindaco Francesco Pado-Sanfioro. Gegenüber...
dem Kaiser sah die Kaiserin zwischen dem Prinzen August...
Wilhelm und dem Generalleutnant Corticelli. Außerdem...
wurden geladen der Kaiserin v. Gola, der Kapitän zur See...
Prinzessin v. Wittell, der Direktor des königlichen Hauses...
Mario Kardini, der Superintendent Salinas, der deutsche...
Konful Freiherr v. Schanbauer, ferner der deutsche Konful...
Springer und Korvettenkapitän Angelo Salamone. —...
Ferner wird aus Rom gemeldet:

Die Königin-Mutter von Italien wird in...
Bari, wo Kaiser Wilhelm die alten Bauwerke aus der...
Hohenollernzeit besichtigen will, mit dem deutschen Kaiser...
zusammentreffen.

Ein Abschiedswort für den englischen Premierminister Campbell-Bannerman.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“...
schreibt: Der durch ein andauerndes Leiden veranlaßte...
und seit längerer Zeit erwartete Rücktritt des britischen...
Premierministers Sir Henry Campbell-Bannerman ist...
nunmehr amtlich bestätigt worden. Wie in seinem Vater-...
lande, erfreut sich der im jähren Kampfe für seine politischen...
Ideale ergraute britische Staatsmann auch im Auslande...
hoher Verehrung. In Deutschland insbesondere soll es...
im unerschöpflich bleiben, daß, während er die Füh-...
rung der Regierungsgeschäfte in der Hand...
hielt, die Befreiung des deutsch-englischen...
Verhältnisses eingeleitet worden ist. Sir...
Henry Campbell-Bannerman hat diese Vorgänge nicht nur...
mit Wohlwollen beobachtet, sondern zum Gelingen der auf...
eine Verständigung zwischen der öffentlichen Meinung...
hinden und drüben gerichteten Bestrebungen in dankens-...
werter Weise beigetragen. Am Ende seiner politischen...
Laufbahn geniesst er die äußerste Verehrung seiner Gesinn-...
genossen und die aufrichtige persönliche Achtung...
seiner Gegner, die durch den Mund des Führers der Oppo-...
sition, Herrn Balfour, im Unterhaus ihren herzlichsten...
Empfindungen Ausdruck geben ließen, auch in diesem Falle...
von neuem die vorbildliche Art bezeugend, in der das...
britische Parlament öffentliche Angelegenheiten zu behan-...
delt. Sir Henry Campbell-Bannerman wünscht...
eine baldige und völlige Genesung und den Genuß eines...
langen heiteren Lebensabendes.

Ein Protest der sächsischen Bergleute zur Umgestaltung des Berggesetzes.

In Anwesenheit der Landtagsabgeordneten Facius...
(Konf.), Goldstein (Soz.), Rudolf-Deuben (Konf.)...
und Kleinheppei-Wißlau (Konf.), tagte in Dresden...
eine von 50 Delegierten aus sämtlichen sächsischen Berg-...
zweigen besuchte Konferenz sächsischer Bergleute, um zu...
dem Entwurf des sächsischen Berggesetzes Stellung zu nehmen...
Die Versammlung sprach in einer Resolution ihr lebhaftes...
Bekauern aus, daß die Regierung den gerechten Wünschen...
der Bergarbeiter nicht weiter entgegengekommen ist. Noch...
mehr sei zu beklagen, daß die Verhandlungen in der ersten...
Kammer des sächsischen Landtages ein fast negatives Resultat...
in bezug auf das Alter der passiven Wahlbarkeit in § 57...
sogar eine Verschlechterung gegenüber dem Regierungsent-...
wurf ergeben haben. Die Konferenz ermahnt, daß der Ent-...
wurf betr. die Umgestaltung des Berggesetzes in der...
zweiten Kammer noch einer gründlichen Re-...
vision zugunsten der Bergarbeiter unterzogen wird.

Der Austausch von Lehrern zwischen Preußen und Amerika.

Der Verwaltungsrat der Carnegie-Stiftung...
zwecks Förderung des Unterrichtswesens hat, wie uns aus...
New York gemeldet wird, Einzelheiten eines mit dem...
preussischen Kultusminister vereinbarten Ab-...
kommens betr. den Austausch von Schul Lehrern zwischen Preußen...
und Amerika bekannt gegeben. Darnach wird erwartet...
daß nach dem vom 1. Oktober d. J. in Kraft tretenden Aus-...
tauschvertrag jährlich 2-50 Lehrer zwischen Preußen...
ausgetauscht werden. Der Verwaltungsrat betont neben...
dem erzieherischen Werte dieses Austausches auch dessen...
Bedeutung als Mittel zur Förderung der internationalen...
Beziehungen.

Parlamentarisch.

Die beiden freisinnigen Fraktionen des Abgeordneten-...
hauses folgenden Antrag eingebracht:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: die...
königliche Staatsregierung zu eruchen, für den Fall, daß ein...
Reichsvereinsgesetz in der vom Reichstag in zweiter...
Lesung beschlossenen Fassung zustande kommt, auf Grund...
der darin enthaltenen Ermächtigungen sogleich durch Vor-...
legung eines Landesgesetzes oder im Wege allge-...
meiner Anweisung an die nachgeordneten Behörden dafür...
Sorge zu tragen, daß die fremdsprachigen Teile der Arbeit-...
schaft nicht durch Anwendung der Bestimmungen des § 7...
in der Verlegung gesetzlich zulässiger Beitreibungen auf dem...
Gebiete der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie sonstiger...
Berufsangelegenheiten gehindert werden.

Die Kommission des Reichstages für die Minderheits-...
fragen nahm gestern die Resolution an, es sei darauf hinzuwirken, daß...
künftighin der Reichstag einen die Anforderungen in...
künstlerischer Hinsicht mehr als bisher entsprechende Ausstattung...
gegeben werde, und zur Erlangung künstlerischer Entwürfe seien...
allgemeine Ausschreibungen zu erlassen; hierbei wäre insbesondere...
eine handlichere Form des Fünfstückes anzubereiten.

Die Budgetkommission des Reichstages hat...
gestern über die Ergänzungen zum Etatsgesetz betreffend die...
Einführung des Postüberweisungs- und Scheckverkehrs...
Die Kontostiftung zur Vorlage steht die Errichtung von...
Postfachämtern in Berlin, Breslau, Köln, Danzig, Frankfurt a. M.,...
Hamburg, Hannover, Karlsruhe und Leipzig vor. Staats-...
sekretär Kräfte führte dabei aus, die Verwaltung werde...
sich bei der Vorlage auf eine terra incognita. Die...
Gebühren wären mit Vorbedacht so hoch normiert worden, herab-...
setzen könne man immer noch. Ob die Verwaltung bei den...
Gebühren eine...
Geschäft machen werde, sei ihm sehr zweifelhaft. Zu einer...
Vollständig-...
fassung kam es nicht. Die Kommission verlegt sich auf...
Mittwoch.

Allgemeine Mitteilungen.

Die Vertreterversammlung sächsischer Kon-...
sumvereine hatte gestern in Dresden in einer an die

Regierung geübten Entfaltung gegen die landesgesetzliche Einführung einer Umlage auf Zweiggeschäfte und Warenhäuser einbrachten. Anwesend waren auch Vertreter der Regierung, sowie national-liberale, freijüdische und konservative Landtagsabgeordnete.

### Heer und Flotte.

Kaiserliche Marine. S. M. J. Hohenzollern und S. M. S. Hamburg und Seiner sind am 6. April von Messina in See gesegelt und in Palermo eingetroffen. S. M. S. Forell ist am 6. April von Beirut in See gesegelt und am 7. April in Yarmouk auf Cyprien eingetroffen. S. M. T. 180 und Tatu sind am 7. April in Jotomaha eingetroffen. Der R.-A.-D. Goeben mit dem Zweigtransport der abgelösten Besatzung des Kiaufschiffes am 5. April in Kegel eingetroffen und hat am 6. April die Seereise fortgesetzt. Der Verband der S.M. und Verdachtschiffe ist am 6. April von Sennar in See gegangen. Die russischen Kriegsschiffe Albatross, Slava und Bogatir haben am 6. April Kiel verlassen. Poststation für S. M. S. Hannover bis auf weiteres Wilhelmshaven.

### Deutscher Reichstag.

142. Sitzung vom 7. April.

#### Die zweite Lesung des Börsegesetzes.

Die Beratung beginnt mit Artikel II, Zulassungssätze. Nach dem Kommissionskompromiß muß mindestens die Hälfte (nach dem Regierungsentwurf ein Drittel) aus Personen bestehen, die sich nicht berufsmäßig am Börsenhandel mit Wertpapieren beteiligen.

Der Artikel II wird in der Kommissionsfassung angenommen. Dann werden für die weitere Beratung Artikel III mit den geltenden Bestimmungen über den Börsenhandel, Artikel IIIa mit den Ordnungsstrafen und Artikel IV mit den Kriminalstrafen zusammengefaßt. Das Kommissionskompromiß ist aus den ausführlichen Berichten über die Kommissionsverhandlungen bekannt. Abänderungsanträge sind nicht eingebracht, mit einziger Ausnahme eines Antrages der Wirtschaftlichen Vereinigung zum § 51, der Vermögensgegenstände von Kleinrentneren, auch wenn sie in das Handelsregister eingetragen sind, nicht als rechtsverbindlich gelten lassen will.

Abg. Dr. Ritter (Ztr.): Wir sind damit einverstanden, daß die Vermögensgegenstände der Kleinrentneren nicht rechtsverbindlich sein sollen, auch wenn die Befreienden in das Handelsregister eingetragen sind. Wir müßten das verlangen im Interesse des Mittelstandes. Der § 52 handelt von den Geschäfts- und Wertpapieren. Er bestimmt, daß ein Kaufmann oder eine Genossenschaft, die Börsengeschäfte abschließen können, sich auch durch eine Sicherheit befriedigen können, die von Personen gestellt ist, die nicht Börsenrentner sind. Wenn die in diesem Paragraphen zur Annahme kommen sollte, so erschiebt uns das ganze Gesetz unannehmbar. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Köhler (B. d. L.) legt nach einem geschäftlichen Rücksicht dar, das es nach seiner Ansicht unbedingt notwendig gewesen sei, damit zu sorgen, daß nicht unter Ausnutzung des legitimen Oestereidenerwerbungs bloße Spekulationen auf die Differenz und eine spekulative Beeinflussung des Getreidepreises stattfinden. Deswegen sei von ihnen unter Zustimmung der Mehrheit der Kommission der § 66 und der Strafparagraf 77 in das Gesetz hineingebracht worden. Die jetzige Regelung der Vermögensgegenständlichkeit ist eine durchaus richtige, denn in das frühere Börsenregister habe sich ja jeder eintragen dürfen. Jetzt dagegen würden nur in das Handelsregister eingetragene Kaufleute Vermögensgegenständlich sein. Aber freilich — die Regelung müsse nun auch dafür sorgen, daß in das Handelsregister wirklich nur Kaufleute hineinkommen! Denn das müßte unbedingt verbindlich werden, daß meine Leute sich als Vermögensgegenständlich beteiligen.

Abg. Kaempf (Fr. P.): Meine Freunde haben sich mit der Regelung, wie sie in dem Kompromiß geschaffen worden ist, einverstanden erklärt, namentlich auch insoweit es sich um den Terminhandel in Bergwerks- und Fabrikunternehmungen handelt. Wie gerade hierin der Abg. Ritter eine Scharfzung des Gemeinwohls sehen kann, ist unverständlich. Herr Ritter überseht offenbar vollständig den Einfluß einer auf Rechtsgültigkeit beschränkten Spekulation auf den Preisstand des Geldes in Deutschland. Herr Ritter verzweifelt ja freilich jede Spekulation. Aber auch da entsetzt wieder die Frage: wie will Herr Ritter in seinem eigenen Haushalt gänzlich ohne Spekulation auskommen? Irigendwie muß doch überall Vorzüge für die Zukunft getroffen werden, zumal man ja nicht jederzeit sofort einen Gegenstand haben hat. Herr Ritter will auch Leute mit offenen Böden nicht zulassen. Ja, hält er es denn beispielsweise für anständig und richtig, Wertheim von dem Terminhandel auszuscheiden? Auch gegen die Möglichkeit, sich an bestellte Sicherheiten zu halten, scheidet Herr Ritter. Wie würden Sie es denn aber beurteilen, Herr Ritter, wenn im Privatleben jemand bestellte Sicherheiten nicht annehmen wollte? Ich halte es für ausgeschlossen, daß ein neues Börsegesetz zustande kommen kann, ohne daß es die Sicherung bestellter Sicherheiten enthält! Dasselbe gilt von den Anzeigekennnissen. Sollten diese wirklich keine Wirkung haben, dann fällt mir, M. H., das Wort des Grafen Volzowst ein: es könne doch nicht hinter jedem Deutschen ein Schwamm stehen! Dieses Gesetz, M. H., stellt tatsächlich hinter jeden Deutschen einen Schwamm, hinter jeden Deutschen, der sich mit der Börse einlassen will. Was die Börsenregister aus dem Gesetze von 1896 anlangt, so kann ich nur sagen, es freut mich, daß Herr Köhler gegen dieses Börsenregister die Rede gehalten hat, die ich eigentlich halten sollte! (Beifall.) Nun zu den Rechtsfolgen, die sich an verbotene Vermögensgegenstände und insbesondere an die mit Getreide befassen. Redner ist hier zunächst Kritik an dem Abschreibungsrecht. Auf dem Grund, den Köhler dafür angeführt, daß es sich bei Getreide um ein wichtiges Nahrungsmittel handelt, kann ich nicht für richtig halten. Da wäre es doch viel richtiger, die Fortschreibung und die durch sie geschaffene Preisbildung für Getreide wieder zu befeitigen! (Sehr richtig! links.) Noch schwerer zu akzeptieren sind die scharfen Strafbestimmungen. Es sollen da unter anderem Ordnungsstrafen möglich sein bis zu 10.000 Mark. Aber das, M. H., ist doch keine Ordnungsstrafe mehr, sondern eine wirkliche Strafe, die beinahe einer Vermögenskonfiskation gleichkommt. Daß Versicherungsgesellschaften in Getreide notwendig sind, M. H., das sieht wohl nach jeder Seite hin. Und wer es noch nicht einseht, der braucht sich bloß an die landwirtschaftlichen Genossenschaften zu wenden, die buchstäblich solche Geschäfte abschließen müssen. Gerade ein solcher Handel mit Getreide ist ohne Versicherungsgesellschaften gar nicht möglich. Mit dem Wege, den das in der Kommission abgeschlossene Kompromiß in diesem Punkte einschlägt, kann man einerseits einen Kompromiß in diesem Punkte einbringen, der den Besten Schlüssen für Getreideversicherungsgesellschaften entspricht. Meine Herren, wenn wir den vorliegenden Beschluß zustimmen, so können wir das nur tun in der Hoffnung, daß der Tag nicht fern ist, wo die Einsicht zum Durchbruch kommt, daß die heute gemachten Fehler corrigiert werden müssen. (Beifall bei den Liberalen.)

Abg. Jeant (Soz.) erklärt, daß keine Partei gegen das Gesetz stimme, weil es im ganzen nur das Großkapital begünstige und seine Spitze gegen die Konsumanten und besonders die Arbeiter richtet.

Abg. Schulz (Rp.): Der Bloß habe mit dem Börsegesetz gar nichts zu tun, da seine Notwendigkeit auch von der rechten Seite des Hauses schon zu einer Zeit anerkannt sei, wo vom Bloß noch nicht die Rede gewesen sei. Redner beipflichtet dem Einzelheiten des Gesetzes und erklärt die Zustimmung seiner Partei.

Abg. Dr. Wöhme (Wirtsch. P.) begründet den Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung.

Preussischer Handelsminister Delbrück: Die Kommission hat die Bestimmungen des Entwurfs zum Teil veräußert, zum Teil erweitert. Trägern erkennen an, daß sie den allgemeinen Richtungen des Regierungsentwurfs gefolgt ist. Das Börsenregister ist beibehalten worden. An seine Stelle ist die Bestimmung getreten, daß nur bestimmte, im Gesetz festgelegte Personenkreise zum Abschluß von Börsenrentnergeschäften zugelassen werden. Dann ist das Verbot des Börsenrentnergeschäfts in Anteilen an Bergwerks- und Fabrikunternehmungen verschwunden. Es ist endlich dem Wunsch, das Versicherungsgeschäft in Getreide- und Wäulenprodukten sicher zu stellen, in angemessener Weise entsprochen worden. Ich kann mich den Kommissionsbeschlüssen im allgemeinen angeschlossen. Da es vorgekommen ist, daß in das Handelsregister Personen hineingetragen, die nicht hineingehören, können wir den Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung zu Was das Verbot des Börsenrentnergeschäfts in Bergwerks- und Fabrikanteilen betrifft, so läßt die Regierung um dieses Verbot überhaupt zu befehlen. Die Kommission hat fast heftig eine Bestimmung getroffen, daß die Börsenrentnergeschäfte in diesen Anteilen zunächst noch bestehen bleiben sollen, daß aber der Bundesrat für jede einzelne Gesellschaft die Genehmigung zur Zulassung aussprechen muß. Das ist zweifellos eine wesentliche Abschwächung der Vorlage. Die Verantwortung wird dem Bundesrat auferlegt, er wird aber selbstverständlich seine Pflicht tun. Was die Bestimmungen des Entwurfs anlangt, die die Sicherung des handelsrechtlichen Versicherungsgeschäfts in Getreide- und Wäulenfabrikaten verlangen, so hat die Kommission die Bestimmungen noch weiter ergänzt, besonders durch daran geknüpfte Strafbestimmungen. Wir sind der Ansicht, daß dies nur das rechtste Gesetz nicht alteriert werden dürfen, und daß nur das wirtschaftlich unberechtigte Geschäft, das Spielgeschäft, durch die Bestimmungen des Gesetzes getroffen werden soll. Ich stelle gern fest, daß die Mängel des bisherigen Gesetzes zum Teil beseitigt oder abgemildert sind. Die Fassung der Kommission ist immerhin eine wesentliche Verbesserung gegenüber den bisherigen Fassungen. Sie bringt im Grunde das, was die Regierung wünschte. Ich freue mich, daß meine Hoffnungen erfüllt sind, daß die verschiedenen Parteien sich auf dieses Gesetz geeinigt haben. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Womnien (Fr. P.): Auch ich erkenne an, daß die Bestimmungen der Kommission das Gesetz zum Teil verbessert haben. Der Regierungsentwurf ist allerdings verächtlicher worden. Wir erkennen aber die Fortschritte an und wollen das Gesetz nicht schlechter lassen. Wir wissen, daß wir nach lange auf eine neue Reform warten müßten. Nur eine große wirtschaftliche Krise würde sie bringen und auf das Unglück unseres Vaterlandes spekulieren wir nicht. Wir haben also unsere Bedenken zurückgestellt, umso mehr, als wir schon in der Kommission bemerkt haben, daß auch auf der rechten Seite die Vorurteile gegen die Börse im Schwunden begriffen sind. Die Strafbestimmungen sind freilich nicht schön, aber die anständigen Kaufleute werden davon nicht betroffen. Wir hoffen, daß das Gesetz für die Börse und für die Volkswirtschaft von Vorteil sein wird. (Beifall.)

(Rechtskanzler Jörn Willow erhebt im Saal.) Handelsminister Delbrück: Die Bestimmungen des § 4 des Handelsgesetzes über die Eintragungen werden streng interpretiert und angewendet werden. Ein entsprechende Anregung wird an sämtliche Bundesregierungen ergoht.

Abg. Dr. Spahn (Ztr.) und Abg. Dr. Ritter (Ztr.) bitten, das Gesetz abzuschließen.

Abg. Dr. Doer (Fr. P.) begrüßt die Bestimmung betreffend die Sicherheiten, die ein enormer Gewinn für die nationale Ehrlichkeit sei.

Abg. Herold (Ztr.): Unser Antrag über die Nichtzulassung der Kleinrentner zum Terminhandel ist von der Kommission abgelehnt worden, obgleich er ursprünglich im Regierungsentwurf selbst vorhanden war. Heute stimmt der Minister einen ähnlichen Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung zu. (Hört, hört! im Zentrum.) Daß der Vertreter des Reichstanzlers seine Stellung zu Äußerungen über die parlamentarischen Geschäfte wohl das erste Mal sein. (Hört, hört! im Zentrum.) Der Redner macht der Rechten bittere Vorwürfe wegen ihrer Schwermut zum Standpunkt der Einsen. Wie lang es doch im Zirkus Busch noch anders. (Hört, hört! im Zentrum.)

Handelsminister Delbrück erwidert dem Redeherren, er habe die Frage der Gewerbetreibenden im Handelsregister von vornherein nur für eine Zweckmäßigkeitsfrage gehalten, in der man dem wichtigsten Ziel des Jubiläumens des Gesetzes Opfer bringen müsse.

Abg. Dr. Köhler (B. d. L.): Das Zentrum macht uns einen Vorwurf daraus, daß wir unser Verhalten nach politischen Konstellationen einrichten. Wenn Sie bei diesem Gesetze, wo wir der Landwirtschaft die schärfste erwarteten Strafbestimmungen geben, um das Verbot des Terminhandels in Getreide- und Wäulenfabrikaten wirksam zu machen, nicht mit uns stimmen, dann stimmen Sie gegen die Landwirtschaft. (Gelächter im Zentrum.)

Abg. Herold (Ztr.) erwidert erregt, und sucht die Bloßpolitik zu verdammen.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Ueber § 65 (Ausnahmen von dem Verbot des Terminhandels an der Produktbörsen) wird namentlich abgestimmt. Der Paragraf wird mit 240 Stimmen gegen 124 Stimmen des Zentrums und der Bloß angenommen. Die anderen Paragrafen der Artikel 3, 3a und 4 werden mit dem Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung in der Kommissionsfassung angenommen, desgleichen der Artikel 1, der reaktionelle Bestimmungen enthält, und der Artikel 5 über die zweite Lesung des Börsegesetzes beendet.

Mittwoch 11 Uhr: Dritte Lesungen vom Vereins- und Börsengesetz.

Schluß nach 6 Uhr.

### Preussischer Landtag.

#### Abgeordnetenhaus.

70. Sitzung vom 7. April.

Der Nachtragset, betr. Feuerungszulagen. Nach den Beschlüssen der Budgetkommission sollen die unteren Beamten eine einmalige Zulage von 100 M. erhalten, die mittleren Beamten 150 M., sofern sie nicht den Wohnungsgeldzuschuß früherer Beamten beziehen. Die in der Regierungsvorlage nach oben genannte Grenze von 4200 M. fällt weg.

Die Lehrer erhalten 150 M., die Lehrerinnen 125 (anstatt 100 M. nach der Regierungsvorlage) bei einem Grundgehalt

bis zu 1200 bzw. 900 M. Beträgt das Grundgehalt der Lehrer mehr als 1200 M., aber weniger als 1350 M., das der Lehrerinnen mehr als 900 M., aber weniger als 1025 M., so soll die Zulage in Höhe des Betrages gewährt werden, um die Zulage Grundgehalt bei Lehrern unter 1350 M., bei Lehrerinnen unter 1025 M. bleibt. — Unverändert geblieben ist die Bestimmung der Regierungsvorlage, wonach diejenigen Beamten keine Zulage erhalten, die 1907 aufgebessert sind, und ferner die Bestimmung über die Stellenzulagen für Elternabende.

In Verbindung mit dem Nachtragset steht der Antrag Baumann (n. l.) u. Genossen betr. einmalige Gehaltszulagen an Beamten, Geistliche und Lehrer. Danach sollen die Gehaltszulagen bei höheren Beamten 10 v. H., bei mittleren 12,5 v. H., bei Unterbeamten 15 v. H. des Gehalts betragen.

Die Kommission bezieht sich auf die Bestimmung des Antrages Baumann und ersucht in einer Resolution die Regierung, die Vorlagen wegen Erhöhung der Gehälter der Geistlichen dem Landtag noch in dieser Session zugehen zu lassen.

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben: Namens des Staatsministeriums habe ich folgende Erklärung abzugeben:

Der Beschluß der Budgetkommission, nicht nur den Beamten mit einem Gehalt bis zu 4200 M., sondern allen mittleren Beamten die Zulage von 150 M. zu gewähren, ist insofern nicht ohne Bedenken, als dies von dem im Reich für 1907 tatsächlich geübten und für 1908 geplanten Vorgehen tatsächlich abweicht. Um aber Entgegenkommen zu bewähren, ist das Staatsministerium bereit, trotz der ersten Bedenken dem Beschluß der Budgetkommission beizutreten. Dagegen muß das Staatsministerium jede weitere über die Beschlässe der Budgetkommission hinausgehende Abänderung der Vorlage als unannehmbar bezeichnen.

Abg. Dr. v. Heydenbrand (konj.) beantragt die Resolution über die Gehälter der Geistlichen aus der allgemeinen Debatte auszuschließen. — Das Haus beschließt so.

Kultusminister Halle: Ich bin von der königlichen Staatsregierung ermächtigt, die weitergehenden Anträge, welche entweder allen Lehrpersonen oder denjenigen, die Grundgehalt bis zu 1500 M. beziehen, die Zulage gewähren wollen, als unannehmbar zu bezeichnen. Die Gründe entpringen aus dem durch Verfassung und Gesetz bestimmten Boden, auf dem die Lehrerbildung beruht. Danach hat die Gemeinde, nicht der Staat, das Gehalt der Lehrer zu zahlen. Wenn hier gleichwohl der Staat für die Gemeinden eintritt, damit die Lehrer bald zu einer Zulage gelangen, so kann und darf hierbei doch nicht über das notwendige Maß hinausgegangen werden. Es ist selbstverständlich, daß die Regierung a. B. die Stadt Frankfurt nicht zwingen kann, das Lehrergrundgehalt von 1000 auf 1750 M. zu erhöhen. Deshalb kann auch nicht die Rede davon sein, den Frankfurter Lehrern jetzt einen Vorstoß zu leisten. Würde die Vorlage auch den höher besoldeten Lehrern eine Zulage gewähren, so würde damit in die Bewegungsfreiheit der Gemeinden ein unzulässiger Eingriff getan. Deshalb muß es die königliche Staatsregierung ablehnen, über das bestimmte Maß der Zulagen hinauszuweichen.

Abg. Dr. Friedberg (n. l.): Die Kommission hat gewisse Verbesserungen an der Vorlage vorgenommen. Eingehen wird in der Kommission auch Anträge abgelehnt, welche wir noch heute für berechtigt halten. Die höheren Beamten gehen leer aus. Wir können nicht einsehen, warum nicht alle Lehrer die Zulage erhalten sollen. Der Kultusminister möge den Gemeinden keine Schwierigkeiten machen, die ihren Lehrern eine über die Vorlage hinausgehende Zulage zu geben bereit sind. Bei dieser Vorlage haben wir es mit einem Stückwerk schmätzer Art zu tun. Die Annahme wird uns nur möglich unter dem Druck der Erklärungen des Finanzministers und des Kultusministers und unter dem Druck der Gehaltsfrage des Hauses.

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben: Ich habe nur zu erklären, daß die Vorlage betr. die Aufhebung der Beamten, Lehrer und Geistlichen selbstverständlich im Herbst dem Hause vorgelegt werden wird. (Beifall.)

Abg. Dr. v. Savigny (Ztr.): In dem, was erreicht ist, liegt ein wesentlicher Fortschritt gegenüber der Regierungsvorlage und auch im Vergleich zu dem, was im vorigen Jahre geübt wurde. Wir haben immer den Standpunkt vertreten, daß alle mittleren Beamten die Zulage erhalten sollen. Der Nachtragset bringt die Regierung, die Reformreform unter allen Umständen in diesem Jahre durchzuführen.

Abg. Dr. Müller-Berlin (Fr. P.): Von der absehbenden Haltung, die der Finanzminister gegenüber den weitergehenden Anträgen einnimmt, haben wir mit tiefstem Bedauern Kenntnis genommen. Wie kommt Herr Kollege v. Rheinbaben — (Große Heiterkeit) der Herr Minister v. Rheinbaben zu dieser Ablehnung? Während ich die Rücksichtnahme, die die Regierung plötzlich der Selbstverwaltung widmet. Die Beamten des Landtages, die in der Vorlage noch nicht bedacht sind, sollten auf anderem Wege entschädigt werden.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (fr.): Auch wir sind mit dem Nachtragset nicht völlig zufrieden. Die Vorlage ist ein Nothbehelf.

Abg. Broemel (Fr. P.): In Beamtentragen sind wir seit einem Jahre aus einer Notlage gar nicht herausgekommen. Sollen wir das vorliegende Notgesetz das letzte Stadium der Notlage. Das Notgesetz muß aber einen anderen Geist atmen, als die heutige Not des Kultusministers. Wir sind in der Lage einige Beamte dieses Hauses erst durch die Kommissionsbeschlüsse von den Teuerungszulagen ausgeschlossen sind. In diesem Jahre dürfen die preussischen Beamten nicht wieder schlechter gestellt werden als die Beamten des Reichs; sonst müßte in Preußen ein neues Notgesetz gemacht werden.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Die Vorlage wird in zweiter Lesung angenommen.

Zur Resolution der Budgetkommission bemerkt Kultusminister Halle: Im Namen der königlichen Staatsregierung habe ich zu erklären, daß sie sich nicht in der Lage befindet, der Resolution, nach welcher die Vorlage wegen Erhöhung der Gehälter der Geistlichen dem Landtag noch in dieser Session zugehen soll, ihre Zustimmung zu geben. In Uebereinstimmung mit der Budgetkommission geht der Wunsch der Staatsregierung dahin, auch diese Vorlage vorzulegen möge, nicht zu bringen. Über die Erfüllung dieses Wunsches stehen sich die Parteien entgegen. Es handelt sich um zwei verschiedene Punkte, für die unangeführten sind die katholischen Geistlichen. Das erste umfaßt auch die Reform des Ruhegelds und Rentenwesens. Wenn nun auch dank der verständnisvollen Mitarbeit der kirchlichen Instanzen zwischen diesen und der Staatsregierung im wesentlichen Uebereinstimmung erzielt ist, so läßt sich doch nicht leugnen, daß noch eine Reihe von Punkten zur Erörterung gelangen müssen. Vorausichtlich wird es auch in der Kommission zu ausführlichen Verhandlungen kommen, und dazu reicht die zur Verfügung stehende Zeit nicht mehr aus. Ich darf jedoch der Uebereizung Ausdruck geben, daß durch diese Verzögerung für die Geistlichen Nachteile nicht entstehen können. Zu diesem Zwecke haben die kirchlichen Behörden bereits Notverordnungen erlassen.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (fr.) beantragt mit Rücksicht auf die oben abgegebene Erklärung des Kultusministers Zurück-

Wendung der Resolution wegen der Gesetze an die Budgetkommission.

Der Antrag wird angenommen, der Antrag Bachmann nach dem Vorschlag der Kommission abgelehnt.

Der dritte Vortrag. Abg. Köpff (Zf. Vp.) den Finanzminister, ob die Teuerungszulagen steuerpflichtig seien oder nicht. Die Steuerbehörden hätten hierzu eine verschiedene Auffassung. Die jetzige Zulage habe nicht dazu beigetragen, Verursicher in die Kreise der Beamten und Lehrer hineinzutreiben. Die Beamten, denen im vorigen Jahre Zulagen gemäßigt worden seien, würden als Steufler behandelt. Die Zulagen für die Lehrer seien ungenügend. Leider werden die Lehrer den Subalternbeamten bei diesen Teuerungszulagen nicht gleichgestellt, wie sie es ermaßen könnten. Durch solche Maßnahmen wird der Lehrermangel nicht aus der Welt geschafft.

Generallanddirektor Wollast: Die Frage der Besteuerung der Zulagen für 1907 hat der Finanzminister dahin entschieden, daß es sich nur um eine einmalige Zulage handelt, die nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes nicht als steuerpflichtig anzusehen ist. Sollte mit der Zulage von 1907 in einzelnen Fällen nicht zu verfahren sein, so würde Remede eintreten. Für 1908 die Frage zu entscheiden, ist noch nicht die Zeit gekommen. Die jetzige Zulage ist nur als ein Vorstoß auf die künftige Gehaltserhöhung anzusehen. Die Frage der Besteuerung wird also erst später zu regeln sein.

Gehemter Rathsch. antwortet auf eine frühere Anfrage: Die vom Militärdienst zurückgestellten Lehrer sind noch nicht endgültig angestellt, sie werden nur kommissarisch beschäftigt und fallen daher nicht unter die Vorlage. Der Begriff der Funktionszulage ist dem Lehrerbeförderungsgesetz vollständig fremd. Die irtümlich zu hochgesetzten Zulagen stellen sich nicht als eine Erhöhung des Grundgehalts dar.

Abg. Ernst (Zf. Vgg.) betont, daß die Vorlage nur Stückwerk sei.

Abg. Hoff (Zf. Vgg.) tritt für die Gewährung der Zulage an die Lehrer ein, die vom Militärdienst befreit sind, und die nach der Erklärung des Regierungsvertreters nicht unter das Gesetz fallen.

Abg. Köpff (Zf. Vp.) meint, daß der Abg. Buhf seine Ausführungen nicht verstanden habe.

Die Ausrede schließt. Der Nachtragsetat wird auch in dritter Lesung angenommen.

Es folgt die Beratung der Denkschrift betr. die Forderungen deutscher Ansiedlungen in Polen und Westpreußen.

Abg. Graf Prasanna (Zf.) kritisiert die Tätigkeit der Ansiedlungskommission, die jetzt schon zu Generalmaßnahmen greifen müßte, wie die Enteignungsfrage. Zu gebührender Berücksichtigung könne man in der Dittmarer Kommission unter Mitwirkung der Geistlichen, an denen die polnische Bevölkerung hängt. Der Redner bespricht die Stellung seiner Partei zur Polenpolitik. Das Dittmarerproblem könne nur gelöst werden, wenn andere Wege eingeschlagen werden. Auch in seiner Partei gebe jeder Gut und Blut dahin, um die Dittmarer dem preussischen Staat zu erhalten. Die Zentrumspartei werde ihre bisherige Polenpolitik weiter treiben, unbekümmert um die Vorwürfe der Polen auf der einen und der logen. deutschen Parteien auf der anderen Seite, ohne Rücksicht darauf, ob und wieviel Mandate ihr das koste. (Beif. Beifall im Zentrum.)

Abg. v. Wenzel (kon.): Wenn wir auf die Mitwirkung der polnischen Geistlichen rechnen können, können wir warten bis zum Ende aller Tage. (Sehr richtig! rechts.) Die polnische Bevölkerung ist loyal, wird aber dauernd verachtet.

Abg. v. Ziembski (Hof.): Die Verheerung der Polen ist die Folge der Maßnahmen der preussischen Staatsverwaltung. Das Anschließungsrecht wird durch die Enteignung in neue Bahnen gelenkt, die zur Unterdrückung der Polen führen sollen.

Landwirtschaftsminister v. Arnim teilt mit, daß die Enteignung erst dann in Kraft treten werde, wenn die Reorganisation der Ansiedlungskommission erfolgt sei, die übrigens schon angebahnt werde. Die Polenpolitik werde von der Mehrheit des deutschen Volkes und des Landtages gutgeheißen. Man habe ein Jahrhundert lang die Polen mit Milde behandelt, ohne damit etwas zu erreichen. Der Staat müsse zu energischen Maßnahmen greifen, wenn es sich um seine Grundbesitze handle. (Beifall.)

Abg. Wulensky (nl.) meint, daß die Verheerung der Polen in erster Linie auf die gewissenlose polnische Agitation zurückzuführen sei.

Abg. Wolff-Billa (Zf. Vgg.) erklärt das Anschließungsrecht für ein Kulturmerkmal ersten Ranges. Den Südländern freilich seien Vorteile nicht daraus erwachsen. Die Abwanderung aus den Städten in Polen nehme erstaunlich zu.

Das Haus verlegt sich auf Mittwoch 11 Uhr: Antrag wegen freier Fahrt für Wahlmänner; Anschließungsdenkschrift (Zortsetzung); Hauptpflicht des Staates für Vergehen der Beamten. Schluß 4 1/2 Uhr.

Herrenhaus.

14. Sitzung vom 7. April.

Am Ministertisch: Breitenbach, Fied, Freiherr von Reichenbach.

Vizepräsident Becker eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min. Eisenbahnangelegenheit.

Berichterstatter Herr v. Graf beantragt namens der Eisenbahnkommission Annahme der Vorlage.

Nach kurzer unehrerhölicher Debatte wird die Vorlage angenommen in der Fassung des Abgeordnetenhauses.

Die Denkschrift über die Entschädigung der nebenbahnbahnbahnen Kleinbahnen in Preußen bis 1907 wird durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

Der Entwurf auf Abänderung der Generalordnungen für die von der evangelischen Landeskirche sich getrennt haltenden Lutheraner beantragt die Kommission anzunehmen.

Kultusminister Halle empfiehlt die Annahme der Vorlage. Das Haus beschließt so.

Die Novelle zur Wegebordnung für die Provinz Westpreußen (Antrag Holz) wird ohne Erörterung angenommen, ebenso die Novelle zur Wegebordnung der Provinz Sachsen (Antrag Wandler).

Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr: Quellenbühnengesetz und Polizeiverordnungen. — Schluß 4 1/2 Uhr.

Ausland.

Die gegen die Schweiz verhängte Viehsperre. Aus Bern wird berichtet: Der Bundesrat beantwortete in Nationalrat eine Interpellation betreffend die von süddeutschen Staaten gegen die Schweiz verhängte Viehsperre dahin, daß die deutschen Maßnahmen dem Bundesrat als unzulässig und in Widerspruch stehen. Der Bundesrat wird mit aller Energie darauf dringen, daß die Grenze geöffnet wird und

wenn das nicht geschehe, wird das Landwirtschaftsdepartement dem Bundesrat die geeigneten Anträge unterbreiten. — Ein zweites Telegramm meldet aus Bern:

Der Nationalrat hat nach vierstündiger Debatte mit 82 gegen 53 Stimmen beschlossen, dem durch Volksabstimmung geforderten Verbot der Naturalisation, Einbürgerung, Durchfuhr und Verkauf des Aktivistens zu stimmen.

Lord Tweedmouth beforzert.

Aus London wird dem „Ber. Tagel.“ gebracht: Die Ernennung des Lordpräsidenten, des Geheimen Rates Carl von Crewe zum Ritter des Hohenbandens an Stelle des Herzogs von Devonshire und die Ernennung des Lord Tweedmouth zum Ritter des Distelordens sind insofern bemerkenswert, als sie offenbar den Vorschlägen Campbell-Bannermans entsprechen. Ob mit der Vereibung des Distelordens das Ende der Karriere Lord Tweedmouths als ersten Lord der Admiralität befelegt ist, wie einige konservative Blätter annehmen, scheint doch sehr zweifelhaft.

Das Ergebnis der indirekten Steuern in Frankreich.

Das Ergebnis der indirekten Steuern im März 1908 weist einen Mehrertrag von 433 000 Francs gegenüber dem Etatsvoranschlag auf und eine Verminderung von 20 141 500 Francs gegenüber dem Monat März 1907 auf. Von dieser Verminderung entfallen 13 Millionen auf die Stempelsteuer, da im März 1907 nur der Anwendung des ab 1. April 1907 geltenden erhöhten Tarifes eine außergewöhnliche Abstempelung ausländischer Wertpapiere stattfand.

Aus Ostasien.

Zwei Telegramme, deren erstes aus Washington datiert ist, während das zweite von der Deutschen Kabeltelegraphen-Gesellschaft über Schanghai übermittelt wird, lassen erkennen, daß im Mandchurengebiet allerlei Unlutmigkeiten herrschen. Wie der amerikanische Staatssekretär Root erklärt, bietet die Frage von Charbin viele Schwierigkeiten, deren Beilegung aber kein besonderes Hindernis im Wege steht. Obwohl die chinesische Regierung die Bewilligung durch ein großes Amt in Charbin sucht und sogar beantragt, wofür das die chinesische Souveränität nicht beeinträchtigt, wird das Staatsdepartement der Vereinigten Staaten offiziell sich nicht bereit finden, von der russischen Bahnverwaltung getroffene, Handel und Industrie beherrschende Verordnungen in irgendeiner Form gutzuheißen. Ueberdies bestehen die Ausländer in Charbin darauf, in der Kommunalverwaltung des Fremdenviertels mitzupredigen, sowie in der anderen Städten des Ostens. Der amerikanische Vertreter erhält das Equivok von China, zu dem er im gleichen Verhältnis steht wie der russische Generalconsul. Aus Schanghai wird telegraphisch, daß der Mandchurien durch japanische Japan und China wegen Befestigung der Vost Alenteinigkeit, da Japan die Anerkennung der chinesischen Kolonialverordnungen für die in japanischem Besitz befindliche Bahn Schanghai-Kwan-Mußden verweigert.

Kleine Tagesnachrichten.

Die Meldung über die bevorstehende Ernennung eines deutschen Kurierattachés in der Person von Heiner (Freiburg) ist verfehlt. Heiner besitzt viele Freunde in der Kurie (vor allem die heiden Brüder Kardinal Bannueli) und gilt als Gegner des Modernismus. Besonders der letztere Umstand würde seine Chancen erhöhen.

In Washington ist die Einladung von Seiten Englands eingegangen, die amerikanische Flotte möge sich der britischen Flottenflotte an ihrer Fahrt bedienen und einen englischen Hafen anlaufen. Der erste Teil, sagt der Washingtoner „Times“-Korrespondent, dürfte mit Dank angenommen werden, der Besuch Englands aber werde unmöglich sein.

Wie aus San Domingo berichtet wird, sollen dort ernste Unruhen ausgebrochen sein. Es heißt, daß 10 Personen getötet und viele verwundet wurden.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 8. April.

Die Jubiläumsfeier der Städtischen Höheren Mädchenschule.

Gestern vormittag fand in der Aula ein Festakt statt. Der festlich geschmückte Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Als Vertreter der Stadt war Herr Bürgermeister von Holl erschienen, mit ihm Herr Oberbürgermeister Geheimrat Staude, in dessen Anstalt die Schule gegründet worden ist. Ferner waren anwesend Vertreter des Kuratoriums, der Geistlichkeit und eine große Zahl ehemaliger Schülerinnen und Gönner der Anstalt. Dem allgemeinen Gesang „Nun danket alle Gott“ folgte die Hymne „Der Herr hat Großes an uns getan“, dem Chor recht gut vorgetragen wurde. Zrl. Eise Koesl sprach hierauf den bereits gestern vorgetragenen Prolog. Herr Direktor Wiedermann hielt die Festrede, in der er ein großartig ansehliches Bild der Entwicklung der Schule gab. Herr Bürgermeister von Holl überbrachte die Glückwünsche des Magistrats. Er führte in seiner Rede aus, daß er auch als Vater spräche, denn er habe drei Töchter auf der Schule gehabt und er zolle dem Direktor und der Schule seine vollste Hochachtung und Anerkennung. Herr Direktor Balzer von den Fröndelchen Stiftungen wünschte als Leiter der Schwesteranstalt der Schule alles Gute. Ferner überbrachten noch die Vertreter des Deutschen Schulvereins und des Schulvereins der Provinz Sachsen die besten Glück- und Segenswünsche für die weitere Entwicklung der Anstalt.

Nach dem allgemeinen Gesang „Ob, Ehr' und Preis sei Gott“ wurde das Festspiel „Die drei Schwwestern“ von Zrl. Oberlehrerin Elisabeth Radwiz vorführt, von mehreren Schülerinnen recht ansprechend aufgeführt. Nach der Aufführung überreichten vier Schülerinnen Herrn Direktor Wiedermann, der sich um das Wohl der Schule reiche Verdienste erworben hat, einen prächtigen Lorbeerzweig, nachdem der Chor das Lied „Lobe den Herren“ recht ausdrucksvoll vorgetragen hatte, erfolgte die Uebergabe der Wiedermann-Stiftung. Der Gesang „Unser Ausgang segne Gott“ schloß die erhebbende Feier.

Ständige Kunstausstellung von Lausitz und Groß. Die nicht ausgefüllten, zum größten Teil hervorragenden Gemälde werden leider nur noch kurze Zeit ausgestellt bleiben, da Anfang nächster Woche eine große Sonderausstellung des bekannten Dresdener Künstlers Hans von Saxe arrangiert werden soll. Aber daher noch nicht Gelegenheit genommen hat, die Kutschen erregenden Bilder von Ludwig Fahrtenrog, das große Gemälde „Sturm und Frieden“ des bekannten Historienmalers Theodor Roscholl, die Bilder von Professor Müller Raempff, Leo Schumacher, Emil Rau, Prof. Rudolf Cyp u. a. zu betrachten, veräume nicht, dies in den nächsten Tagen nachzuholen.

Provinzialnachrichten.

Boigtitz, 2. April. (Drei Söhne beim Militärdienst.) Von hier dienen drei Brüder, Söhne des Bahnwärters Raich, zu gleicher Zeit beim Militärdienst; einer bei der Marine, der zweite bei der Feldartillerie und der dritte ist zur Leibung bei der Infanterie eingezogen.

Schöben, 6. April. (Pächterliche Funde.) In den benachbarten Nuren Krauschwitz, Ober- und Unterlausa (im Nemes) und Scheplitz (am Taubenberge) sind Urnen, Steinbeile, Hämmer (darunter ein veltantig geschliffener Wetzhammer) usw. gefunden worden. Diese vorgeschichtlichen Fundstücke entkamen wohl sämtlich der jüngeren Steinzeit (neolithische 1500—2000 vor Christus). Sie sind von den bekannten Sammlern unserer Gegend in Verwahrung genommen.

Erfurt, 6. April. (Wahnsinn für die männliche Jugend.) Bei dem eben beendeten militärischen Ausübungsgelände trat jenseit im Erfurter Stadtkreis wie in den Landorten die bedenkliche Erziehung auf, daß ein außerordentlich hoher Prozentsatz der Wehrfähigen wegen Herzleiden für militärisch untauglich erklärt werden mußte. Nach ärztlichen Feststellungen ist die Ursache des Uebels in den meisten Fällen in übermäßigem Gargarettrauchen, hauptsächlich in dem Hinuntergang der Lungen des Rauchs, zu suchen.

Magdeburg, 6. April. (Kommerzienrat Tonne.) Der Vorsitzende der Elbischiffahrt-Berufsgenossenschaft, hat heute sein fünfzigjähriges Berufs Jubiläum gefeiert. Der Vorpräsident, die Stadtverwaltung, die Handelskammer und der Zentralverein für deutsche Binnen-Schiffahrt entsandten Vertreter zur Begrüßung.

Quedlinburg, 6. April. (Eröffnung der Quedlinburg-Blantenburger Eisenbahn.) Am Sonnabend hat, wie schon kurz mitgeteilt, die Eröffnung des Betriebes auf der neuerbauten Bahnstrecke Quedlinburg-Blantenburg stattgefunden. Ein Festzug brachte die Mitglieder der städtischen und Staatsbehörden, Vertreter der Presse und einige geladene Gäste nach Blantenburg; die Rückfahrt erfolgte mit einer Wagenladung nach Halle. In der Bahn, auf deren Zustandekommen schon fast 30 Jahre hingearbeitet wurde, leitete die Stadt Quedlinburg 100 000 Mark zinsfrei für Grundbesitzer im Stadtkreis, jenseit über den Saale, die aus Salzfabrik Ubergab, der bereits am 1. November v. J. die Gesellschaft übernommen hatte. Nach Beschichtigung der Räume und des Inventars wurde die bisherige Wächterin Frau Büning unter anerkennenden Worten für ihre Wirksamkeit aus ihrem Nachverhältnis entlassen und der neue Wirt durch den Vertreter der städtischen Kammer herzlich bewillkommen. Hieran schloß sich im Festsaal ein Einweihungsmahl, bei dem Ansprachen gewechselt wurden, die den Wunsch zum Ausdruck brachten, daß zwischen der Wächterin und dem Pächter zum Wohle aller Touristen und Gäste stets ein gutes Einvernehmen herrschen möge. Die in Aussicht genommene Erweiterung und Neubauten sollen in nächster Zeit zur Ausführung gelangen. Am 30. d. M. bezog 1. Mat soll eine Walpurgisfeier veranstaltet werden.

Wernigerode, 6. April. (Der Harzer Geschichts- und Altertumsverein) wird sein 40jähriges Bestehen vom 5. bis 7. Juli in Wernigerode, wo er gegründet worden ist, feierlich begehen. Gestern tagte im Hotel weißer Firsich unter dem Vorsitz des Geh. Ratsrats Brindmann aus Braunshweig der Vorstand mit dem Festausfluß. In Aussicht genommen wurde u. a. eine Besichtigung des Klosters Drübeck und der Havelburg im Cederal.

Bad Sulza, 7. April. (Zwangsersteigerung eines Sanatoriums.) Am Sonnabend fand im Rastatter die gerichtliche Zwangsversteigerung, bes dem Dr. med. Max Weber gehörigen Sanatoriums (Wohnung von Sachsen) und der dazu gehörigen Grundstücke statt. Es hafketen darauf 260 000 Mk. Hypotheken. Geführt ist der ganze Besitz auf 129 000 Mk. Ebenso hoch ist die Versteigerung bei der Landesbankstelle. Einziger Bieter war der zweite Gläubiger, der 40 900 Mk. bot, womit die erste Hypothek und die Gerichtskosten zu decken find.

Leipzig, 6. April. (Ehrenbürger Kommerzienrat Lange.) Am Sonnabend nachmittag fand hier bei der Chef der hiesigen Papierfabrik Julius Lange, Rittersgutsbesitzer und Papierfabrikant Kommerzienrat Adolf Lange im Alter von 62 Jahren. Kommerzienrat Lange trat wegen seiner Verdienste um das Gemeinwohl den Titel eines Ehrenbürgers unserer Stadt.

Leipzig, 6. April. (Am Grabe der Mutter.) Heute früh hat sich auf heiligem Friedhofe auf dem Grabe seiner Mutter ein Volksgenosse aus Langermünde erschossen. Ueber die Ursache zu dem Schritt ist nichts bekannt.

Eisenberg, 6. April. (Eine Kreuzotter von außergewöhnlicher Größe) ist am Sonnabend in einem hiesigen Steinbruch gefangen worden. Das Tier maß 75 Zentimeter und war von seltener Stärke.

Leipzig, 7. April. (Seitatzschwindler.) Ein 24 Jahre alter Reisender aus Lindenthal, der zuletzt in Leipzig wohnte, hatte einer jungen Dame die Heirat versprochen und der Gutgläubigen 1000 Mark Eriparrnille abgehändelt. Außerdem betrug der gemeingefährliche Gauner die Verdienste noch um ihre Waiseinsatung im Werte von 500 Mark. Doch damit nicht genug, der Schwindler hatte gleichseitig auch noch ein Verhältnis mit einer Kamell aus Langermünde eingeknüpft und auch dieses Mädchen auf ganz empfindliche Weise geschädigt. Als dem Hochstapler der Boden zu heiß wurde, wandte er Leipzig den





# Handel, Gewerbe und Verkehr.

## Saatenstand in Deutschland.

Dem zweiten Bericht des Deutschen Landwirtschaftsrats über Saaten und Frühjahrsbestellung, dem eine große Zahl einzelner Einzelberichte zugrunde liegt, entnehmen wir folgendes: Wie aus der Mehrzahl der eingelaufenen Berichte hervorgeht, sind die Märzfröste im allgemeinen ohne nachteilige Folgen geblieben und haben sich die weitere Entwicklung der Saaten zurückgehalten. Die Berichterstatter halten, von wenigen Ausnahmen abgesehen, an ihrem Mitte März abgegebenen Urteil fest, wonach die rechtzeitig bestellten und durch Mäusefraß unbeschädigten Saaten den Winter gut überstanden sind. Wie es zu erwarten war, sind die meisten Saaten in den Umpflügungen in geringem Umfange stellenweise erforderlich sind, nur wenig gelitten und zeigt im ganzen einen befriedigenden Stand. Auch der früh gesäte Roggen hat sich gut gehalten; nur die infolge verspäteter Bestellung nicht aufgekommen und schwach entwickelten Saaten haben sich weniger widerstandsfähig erwiesen und dürften teilweise durch Sommerfrucht ersetzt werden. Im allgemeinen scheint der Stand der Roggen- und Weizenfruchtungen eine etwas zuversichtlichere Beurteilung zu finden. Der Klee ist, wie nicht Mähe zur Zerstörungswerk verrichtet haben, gut durchgekommen, aber in der Entwicklung noch weit zurück. Das gleiche gilt von Luzerne. In den Wiesens zeigt sich noch keine Vegetation. Die durch den Kältereisgang im Mitte März unterbrochene Fekthstellung wurde seit dem Eintritt wärmerer und trockener Witterung eifrig betrieben und ist mit Ausnahme des Ostens ziemlich weit vorgeschritten.

## Die Konkurrenz des russischen Zuckers

dürfte sich in der nächsten Zeit etwas stärker fühlen machen, als es bisher der Fall gewesen ist, selbst wenn die amerikanische Nachfrage, die die Märkte beherrscht und alles Interesse absorbiert, noch weiter anhalten sollte. Denn die Erwartung, dass Russland nicht das ganze Jahr durch den neuen Brüsseler Vertrag für die Kampagne 1908/09 zuzustehendes Quantum exportieren würde, ist natürlich keineswegs berechtigt. Das erhellt schon aus dem Beschluss der Generalversammlung des Vereins der russischen Zuckerfabrikan, wonach das durch das Protokoll festgesetzte Ausfuhrkontingent auf die einzelnen Fabriken verteilt werden soll. Eine solche Aufteilung des Ausfuhrkontingentes gibt jeder Fabrik Gelegenheit, sich einzurichten, und bedeutet, dass die zugestandenen Quantitäten in den verschiedenen Jahren (auch sicher das Höchstquantum im ersten Jahre) voll exportiert wird. In der Praxis heisst das nichts anderes, als dass der russische Zucker in Zukunft einen Teil des englischen Bedarfs decken wird.

**Berliner Börse.** Bei Schluss der gestrigen Börse notierten: Kredit 160,25, Diskonto 175,50, Deutsche Bank 234, Berliner Handelsgesellschaft 160,12, Kanada 149,87, Baltimore 82,50, Paketfabrik 111,40, Nordl. Lloyd 19,80, Russische Anleihe von 1902 82,25, Laurahütte 112,50, Dochnow 112,50, Harpener 97,50, Gelsenk. 189,75, Phönix 132,25, Dresdner Bank 139,30, Schaffhausen 134,25, Lombard 24,62, A. E. G. 201,50. Tendenz: Ruhig.

Am Kassamarkt notierten höher: Patzenhofer Brauerei 1, Isenbeck Brauerei 2 1/2, Höcherlin 2, Wiesbadener Kronenbrauerei 2, Altmühl 2, Dörmann 2, Busch Waggon 2, Düsseldorf Waggon 6 1/2, Herbrand Waggon 3 1/2, Hofmann Waggon 3,4, Linke Waggon 4, Albert chem. Fabrik 3 1/2, Union chem. Fabrik 2 1/2, Deutsche Linoleum 1 1/2, Kahla Porzellan 4, Königszell Porzellan 1 1/2, Rhein. Kalk 2, Hüttenheim Spinnerei 2 1/2, Schlesiensche Zink 3, Warsteiner Gruben 2 1/2, Prozed. u. Ned. r. Sinner 2, Oberberg 2, Bismarckhütte 2, Bismarckhütte 2, Admiraalgraben 2 1/2, Harburg-Wien 1 1/2, Bismarckhütte 3, Caroline 2 1/2, Concordia Bergbau 2 1/2, Grube Eintracht 2, Eisenwerk Kraft 1 1/2, Königsborn 2, Mannsdorf Fassung 2 1/2, Witten 2, G. Pr.

Eine Kurssteigerung von 34 Proz. erfahren gestern auf die günstige Dividendendeklaration (35 Proz. gegen 22 Proz. i. V.) die Aktien der Waggonfabrik Hofmann in Breslau. Auch die Aktien der anderen Waggonfabriken waren im Zusammenhang damit befestigt.

**Versicherungsaktien.** Allianz 1048 Br. Fortuna, allg. Vers. Berlin 1600 B3, Germania, Lebensvers. 1125 B. Magdeburger Lebens- u. Feuervers. 1000 B. Rückvers. Ges. 1020 G. Securitas 405 G. Thüringia, Erfurt 4110 B3. Wilhelma, allgem. Magdeb. 1640 B.

**Gewerkschaft Beienrode, Kalwerk.** In der Gewerkschaftsversammlung wird Bilanz und Endabrechnung einstimmig genehmigt. Auf Anfrage wird Gewerkschaftsmitglied über die Finanzlage sowie über die bergbaulichen Dispositionen des Unternehmens eingehende Auskünfte erteilt. Ueber den Bau des zweiten Schachtausgangs wurde ausgeführt, dass die Anlage auf massive Kosten beschränkt werden dürfte. Da auch die Bestimmung, sukzessive erforderlich sein würde, so würde die Bestimmung, die beiden im laufenden Jahre beschlüssen erfolgen können. Zur Finanzlage wurde hervorgehoben, dass ausser der Anleihe bilanzmäßig keine Schulden vorhanden seien. Die Gewerkschaft verfüge über 200 000 Mk. Konsols, abgesehen von den im Portefeuille befindlichen eigenen Obligationen. Der Rest des Fusses sollte, nach der Vorstimmung, beschlossen, die Ausb. für 1. Januar von 150 auf 125 Mk. pro Quartal zu ermässigen. Änderungen dieses Beschlusses müssten entsprechend der Absatzentwicklung vorbehalten bleiben. Im übrigen seien die Absatzaussichten an sich als nicht ungünstig anzusehen. Ueber das frühere Projekt „Beienrode-Haftort“ lehnte die Verwaltung Ausserungen ab. Prinzipiell wird die Angliederung eines Hartstahlwerkes von der Verwaltung im Auge behalten.

**Kalbergwerkschaft Innenrode in Hannover.** Von der von der Gewerkschaftsversammlung am 24. Juni 1907 bewilligten Zubusse werden jetzt je 300 Mk. pro Kux zum 15. April und zum 15. Mai ausgeschrieben.

**Die Gewerkschaft Hildesda** beruft auf den 22. April eine Gewerkschaftsversammlung ein, die u. a. über den Ankauf eines Terrains in Dickholzen beschließen soll.

**Die Gewerkschaft Carlsberg** teilt mit, dass die Liquidation des Unternehmens von der Gewerkschaftsversammlung beschlossen worden sei. Die Kalbergwerke sind aufgehoben worden, da jedes Weiterhören aussichtslos schien.

**Die neuen Kohlenpreise des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats.** An der Essener Börse wurden am Montag zum ersten Male die neuen Preise des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats mitgeteilt. Die Preise sind im allgemeinen für einige Kohlenarten eine leichte Preiserhöhung. Von Gas- und Flammkohlen wurden Nusskohlen mit 14,50 Mk. gegen die frühere Notierung um 0,25 Mk. höher notiert. Von Fettkohlen notierte bestmögliche Kohle 12,50—13 Mk. gegen 12,10—12,60 Mk. Nusskohlen, von wassereicher Korn 1 und 2, 13,15—14,50 Mk. gegen 13,20—14,20 Mk. und 13,20—14,50 Mk. Von Magerkohle stieg Nusskohle Nr. 4 von 11,50—13 Mk. auf 12—13,50 Mk.

**Der Grundpreis für Kunterschalen** wurde um 3 Mk. ermässigt und beträgt jetzt 194 Mk. für 100 ke.

**Gesellschaft für Lindes Eismaschinen.** Die Verwaltung schlägt 11 (10) Proz. Dividende und die Erhöhung des Grundkapitals um 2 Mill. Mk. auf 7 Mill. Mk. vor.

**Bei den Deutsch-Oesterreichlichen Mannesmannbrünnern** steht für das laufende Geschäftsjahr ein befriedigendes Ereignis in Aussicht.

**„Adler“ Deutsche Portlandzementfabrik Akt.-Ges.** Der Bruttogewinn im Jahre 1907 beträgt 1 245 761 (1 057 588) Mk. Der Nettogewinn 866 303 (866 543) Mk. Der Nettogewinn pro Aktie 10,33 (10,33) Mk. pro Abschreibungen und Obligationsszinsen auf 642 788 (401 015) Mk. Es wird vorgeschlagen, wie im Vorjahre 10 Proz. als Dividende zu verteilen und 126 331 (5975) Mk. auf neue Rechnung vorzutragen. Die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr sind, wie die Verwaltung erklärt, gut. Der Abschluss des Geschäftsjahres zeigt eine günstige Erwartung, welche betriebs der Dividende pro 1907 gegen 1906, nach Verteilung der gleichen Dividende wie pro 1906 aus dem 1907er Gewinn einen Betrag vorträgt, der 3 Proz. des Aktienkapitals entspricht.

**Rheinische Portlandzementwerke in Köln.** Der Aufsichtsrat schlägt eine Dividende von 5 (0) Proz. vor bei besonders reichlichen Reservestellungen.

**Zementsubmissionen.** Die Eisenbahnbaubetriebe Marienwerder schreibt zum 15. April 600 000 kg Portlandzement aus, die Hafenbauinspektion Pillau zum 13. April 200 000 F.

**Die Berlin-Anhaltische Maschinenbau-Aktiengesellschaft in Berlin** erzielte im verflohenen Jahre eine Einnahme für verkaufte Fabrikate von 16 816 808 (14 712 790) Mk., für Patentreibmaschinen 54 (222) Mk. und für Nebenmaschinen 278 (15 369) Mk. Hierzu tritt noch der Gewinnvortrag von 1906 von 32 458 (29 645) Mk. Nach Abzug der Ausgaben für Materialien, der Handlungs- und Betriebskosten, eines Ausleihens von 138 415 (32 385) Mk., der den Bestimmungen des Interessengemeinschaftsvertrages gemäss an die Staatliche Chamottefabrik zu zahlen ist, sowie nach 326 712 (395 899) Mk. Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 1 430 921 (1 445 659) Mk. zu folgender Verwendung: 14 Proz. (wie i. V.) Dividende, 2, Beamtenunterstützungsfonds 50 000 Mk. (wie i. V.), Arbeiterunterstützungsfonds 15 000 Mk. (i. V. 15 000 Mk. zur Schadenreserve), 30 Proz. des Aufsichtsrats 73 004 (73 200) Mk. und Vortrag auf neue Rechnung 32 917 (32 458) Mk.

**Die Vereins Flusseisen- und Stahlindustrie** betrug die Flusseisenzeugung in Deutschland und Luxemburg im Jahre 1907 insgesamt 12 063 632 t gegen 11 307 807 t im Jahre 1906, 10 066 553 t im Jahre 1905 und 6 648 869 t im Jahre 1904. Von der Produktion des Jahres 1907 waren 7 599 574 t Rohblöcke, die im Konverter, 4 252 560 t Rohblöcke, die im Siemens-Martinofen hergestellt waren. Ausserdem wurden 211 496 t Stahlformguss produziert.

**Zementfabrik Teutonia.** Der Aufsichtsrat schlägt nach 168 000 Mk. Abschreibungen wieder 20 Proz. Dividende vor.

**Schorsteinaufsatz- und Blechwarenfabrik J. A. Johl, Akt.-Ges. Hversholten bei Erfurt.** Der Aufsichtsrat beschloss, der am 30. April in Berlin stattfindenden Generalversammlung die Verteilung von 12 Proz. (wie i. V.) Dividende vorzuschlagen. Die General Mining and Finance Corporation Ltd. Berlin, teilt folgende Ausbeuten für den Monat März mit: Bei der Van Ryn Gold Mines Estate Limited betrug der Totalertrag 10 086 Unzen Feingold (gegen 10 111 im Februar), der Wert der Ausbeute 42 714 (42 714) £. Von der Produktion des Jahres 1907 waren 19 335 (19 876) £. Bei der New Gold Mines Estate Limited betrug der Totalertrag 7190 (7088) Unzen Feingold, der Bruttoertrag 30 543 (30 105) £. und der Gewinn für den Monat 10 767 (11 002) £. Bei der Meyer u. Charlton Gold Mining Company Limited betrug der Totalertrag 5058 Unzen Feingold, der Bruttoertrag 21 880 (20 899) £. und der Gewinn für den Monat 8702 (8172) £. Bei der Roodport United Main Reef Gold Mining Co. Ltd. betrug der Totalertrag 6663 (6264) Unzen Feingold, der Bruttoertrag 27 877 (26 609) £. und der Gewinn für den Monat 10 011 (9648) £.

**Magdeburger Strassen-Eisenbahngesellschaft.** Die Einnahmen stellten sich im März 224 224 (207 206) Mk., gegen 1907 weniger 2382 £ amur/März auf 590 676 (581 377) Mk. gegen 1907 mehr 9299 Mk.

**Aussig-Teplitzer Eisenbahn.** In der Bilanzzeitung wurde beschlossen, der für den 9. Mai einzuberufenden Generalversammlung vorzuschlagen, aus dem Reinertragnis von 4851 355 Kr. eine Dividende von 130 (120) Kr. zu verteilen und 357 524 Kr. auf neue Rechnung vorzutragen. Ausserdem hat die Regierungsbilanz des Kaisers Franz Josef seinen Betrag von 150 000 Kr. als Fonds für Hilfsbedürftige, nicht bereits aus den bestehenden gesellschaftlichen Fonds versorgte Waisen gewidmet.

**Zur Insolvenz der Flanellfabrik J. G. Zoch & Söhne in Pöschneck I. Th.** Die Gläubigerversammlung beschloss nach längerer Dauer des Betreibungsverfahrens, die Zoch & Söhne, d. h. unter Hinzuziehung mehrerer kaufmännischer und technischer Sachverständigen. Letztere sollen monatlich an die Gläubiger Bericht erstatten und eine genaue Bilanz aufstellen. Eine spätere Gläubigerversammlung wird sich dann über Weiterführung oder ev. Auflösung der Firma schlüssig machen.

## Handels-Depeschen.

**Artern, 7. April. (Priv.-Tel.)** In der heutigen Generalversammlung der Kyffhäuserhütte waren 762 Stimmen mit 762 000 Mk. Aktienkapital vertreten. Nachdem der Vorstand über die Lage der Geschäfte der Gesellschaft und der Vorsitzende des Aufsichtsrats über die Ergebnisse der Prüfung der Jahresrechnung eingehend Bericht erstattet hatten, wurden die vorgeschlagene Bilanzrechnung einstimmig genehmigt. Das statumässig ausscheidende Mitglied des Aufsichtsrats Kaufmann Gustav Seiffert aus Eisenach wurde einstimmig wiedergewählt.

**Frankfurt a. M., 7. April. (Priv.-Telegr.)** Gegenüber den Meldungen verschiedener Blätter, wonach angeblich von den 20 Mill. Mark 4 Prozent preussischer Schatzanweisungen bereits grosse Beträge im In- und Ausland verkauft worden seien, erfährt die „Frankf. Ztg.“ von zuständiger Stelle, dass seitens des Konsortiums von vornherein beschlossen worden ist und daran festgehalten wird, von irgendwelchen Verkäufen dieser Schatzanweisungen einswelnen überhaupt abzusehen.

## Waren und Produkte.

**Berliner Produktenbörse, 7. April.** Am Frühmarkt notierten Weizen inländ 204—206, Roggen inl. 185—186, Hafer, mecklischer mecklenburg., pommerischer, preuss. sossomer u. schlesischer fein 171—182, mittel 162—170, gering 156—161, russischer mittel u. gering 145—155, Mais, runder 160,00—169,00, Gerste, inländ. Futtergerste mittel und gering 149—157, gute 158—168, russische und Donau leichte 141 u. 144, Erbsen inländ. 200,00—205,00, Roggenmehl 0 und 1 24,0—26,50 Weizenkleie 12,00—12,50, Roggenkleie 12,50—13,00. (Alles frei Station, Magdeburg, 7. April. Für 1000 kg netto ab Bahn Weizen unvers., inländischer gut 190—185, mittel 180—185, ausländischer gut 199—208, mittel —, Kolben Sommer gut 211—214, mittel —, Bauh gut —, mittel —, ausländischer gut 210—220, mittel —, Bogen unvers., inländischer gut 184—188, mittel —, ausländischer gut —, mittel —, Gerste unvers., hies. Chevall. gut 180—188, mittel —, Land gut 170—178, mittel —, ausw. Futter gut 140—145, mittel —, Hafer, meckl. stetig, inländischer gut 166, ausländischer 145—155, ausländischer gut —, mittel —, Wand gut —, mittel —, Mais ruhig, runder gut 151—155, mittel —, bunter amerikanischer gut —, mittel —, Erbsen, russige Viktoria gut 224, mittel —, grüne Folge gut —, mittel —.

**Hamburg, 7. April.** Weizen ruhig, Mecklenburger und Ostholsteiner 392—398, Roggen ruhig, Mecklenburger und Altmarkter 175—185, russ. cit. Fein 160,00, Bau, Dänemark 120,50, Hafer ruhig, Holsteiner und Mecklenburger 160—180. Mais nat. America mixed cit. 118,00. La Plata cit. 107,50. Weizen, Fein 7. April. Weizen ruhig per April 9,96 Gd., 9,96 Br. per Oktober 8,92 Gd., 8,94 Br. Hafer per April 7,18 Gd., 7,19 Br. per Oktober — Gd., — Br. Mais per Mai 6,29 Gd., 6,30 Br. Raps per August 16,45 Gd., 16,55 Br.

## Bericht der Landwirtschaftskammern für die Provinz Sachsen und das Herzogtum Anhalt und das Herzogtum Anhalt über tatsächlich erzielte Preise für Getreide und Hülsenfrüchte vom 6. April 1908.

Kreis	Preis pro 100 Kilogramm			
	Weizen Mk.	Roggen Mk.	Gerste Mk.	Hafer Mk.
Aachserleben, St.	18,80-20,20	19,00-19,40	17,00-19,20	15,00-16,00
Bernburg	18,80	18,40	15,00	15,00
Delitzsch	18,80-19,20	18,80-19,20	17,00-19,20	15,00-16,00
Dessau	18,80-19,20	18,80-19,20	17,00-19,20	15,00-16,00
Eckartsberga	18,80-19,20	18,80-19,20	17,00-19,20	15,00-16,00
Erfurt, Stadt	18,80-19,20	18,80-19,20	17,00-19,20	15,00-16,00
Erfurt, Hohenst.	18,80-19,20	18,80-19,20	17,00-19,20	15,00-16,00
Halberstadt, St.	18,80-19,20	18,80-19,20	17,00-19,20	15,00-16,00
Halle, Stadt	18,80-19,20	18,80-19,20	17,00-19,20	15,00-16,00
Saalkreis	18,80-19,20	18,80-19,20	17,00-19,20	15,00-16,00
Jerichow I.	18,80-19,20	18,80-19,20	17,00-19,20	15,00-16,00
Magdeburg	18,80-19,20	18,80-19,20	17,00-19,20	15,00-16,00
Mansfeld, Gebirg.	18,80-19,20	18,80-19,20	17,00-19,20	15,00-16,00
Merseburg, Stadt	18,80-19,20	18,80-19,20	17,00-19,20	15,00-16,00
Naumburg, Land	18,80-19,20	18,80-19,20	17,00-19,20	15,00-16,00
Nordhausen	18,80-19,20	18,80-19,20	17,00-19,20	15,00-16,00
Sangerhausen	18,80-19,20	18,80-19,20	17,00-19,20	15,00-16,00
Weissenfels, Stadt	18,80-19,20	18,80-19,20	17,00-19,20	15,00-16,00
Wittenberg	18,80-19,20	18,80-19,20	17,00-19,20	15,00-16,00

Hen: Halberstadt Stadt 8,50—9,50, Jerichow I. —, Wittenberg — (Elbhen), Torgau 6,00, Halle Stadt 8,00—8,50 (Fuhrenpreis), Merseburg St. 7,50—8,50, do. Land —, Eckartsberga 6—8. Stroh: Halberstadt Stadt 5,50—6,50 lang, 4,50—5,00 kurz, Jerichow I. — lang, kurz, Wittenberg — lang, kurz, Torgau — lang, kurz, Halle St. 6,00 lang, 3,00—4,00 kurz (Fuhrenpreis), Merseburg Stadt 5,50—6,00 lang, 2,50—3,00 kurz, do. Land Eckartsberga — kurz, Eckartsberga 4,50—6 lang, 2,00—4,00 kurz. Kartoffeln: Halberstadt Stadt 6,00—6,50, Jerichow I. —, Wittenberg —, Torgau 5,50, Halle Stadt 6,50—7,50, Merseburg Stadt 6,00—7,00, do. Land —, Eckartsberga 4,60—6 Mk.

## Zucker.

Hamburg, 7. April. Ribbenzucker I. Produkt, Basis 85 1/2 Rendement neu Usance, frei an Bord Hamburg, per April . . . 22,45 22,55 22,55 22,55 Mk. per Mai . . . 22,00 22,55 22,55 22,55 „ per August . . . 22,00 22,55 22,55 22,55 „ per Oktober . . . 20,70 20,65 20,60 20,60 „ per Dezember . . . 20,25 20,20 20,20 20,20 „ per März . . . 20,50 20,50 20,50 20,50 „ fest stetig ruhig

## Kaffee.

Hamburg 7. April. Good average Santos per Mai . . . 31 1/2 Gd. 31 1/2 Gd. 31 1/2 Gd. 31 1/2 Gd. per September . . . 31 1/2 Gd. 31 1/2 Gd. 31 1/2 Gd. 31 1/2 Gd. per Dezember . . . 32 Gd. 32 Gd. 32 Gd. 32 Gd. per März . . . 32 1/2 Gd. 32 1/2 Gd. 32 1/2 Gd. 32 1/2 Gd. rubig stetig ruhig

## Spiritus.

Nordhausen, 7. April. Brauntwein 40 Vol. Proz. für 100 kg 105—106 1/2 62,50—67,50 Mk. 40 Vol. Proz. für 100 kg (100—107) kg. 74,25—75,25 Mk. per loko-Lieferung ohne Fass ab Brenner. Hamburg, 7. April. Spiritus ruhig, per April 30 Gd., per April-Mai 28 1/2 Gd., per Mai-Juni 29 1/2 Gd.

## Petroleum.

Hamburg, 7. April. Petroleum fest Standard white loko 7,55. Fettwaren und Öle. Hamburg, 7. April. Schmalz ruhig. Loko, Tubs u. Firkin 43 1/2. Doppelsteig. Bremen, 7. April. Röhöl ruhig, verollt 14,00. Köln, 7. April. Baböl loko 77,00, per Mai 76,00.

## Kartoffelmehl und -Stärke.

Berlin, 7. April. Kartoffelmehl und -Stärke 24,75—25,25. Feuchte Stärke. Magdeburg, 7. April. Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 kg 25,00—25,25.

## Wolle.

Bremen, 7. April. Baumwolle unge, Upl. loko mittl 54 Bfg. Glasg., 7. April. (Mittag) Robbaen fest, Middleborough warants 51/2. London, 7. April. Chili-Kupfer stetig 87 1/2, 8 Monat 85 1/2, Zinn Straits stetig 148 1/2, 3 Monat 142, Blei span, ruhig 14 1/2, englisch 14 1/2. Zink, gewöhnliche Marke, stetig, 21 1/2, spez. Marke 22 1/2.

## Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.

New York.	7. 4.	6. 4.	Chicago.	6. 4.	4. 4.
Weizen p. Mai	98 1/2	99 1/2	Weizen p. Mai	90 1/2	89 1/2
Mais p. Juli	75 1/2	74 1/2	Mais p. Mai	65 1/2	62 1/2
Mehl Spring clears	4,30	4,30	Hafer p. Mai	52 1/2	53 1/2
Kaffee Fair Rio Nr. 6	6,95	6,95	Roggen p. Juli	45 1/2	46 1/2
„ „ Juni	6,95	6,95	Roggen p. Mai	47 1/2	48 1/2
Petroleum in Cases	10,90	10,90	„ „ Juli	8,27	8,27
do. in New York	8,75	8,75			
do. in Philadelphia	8,70	8,70			

Tendenz: Weizen schwach, Mais willig. Chicago Feiertag.

## Schiffsnachrichten.

Bremen, 7. April. Norddeutscher Lloyd. Prinz Waldemar Sonntag mittag 12 Uhr von Hongkong abge. Erlangen Montag mittag 12 Uhr St. Catharines pass. Franken Montag vorm. 10 Uhr in Sydney angek. Goeben Montag nachmittag 3 Uhr von Neapel abgeh. Prinz Ludwig Dienstag morgens 7 Uhr in Colombo angek. Main Dienstag morgens 4 Uhr in Bremerhaven angek. Königin Luise Montag nachm. 2 Uhr von Gibraltar abgeh. Kaiser Wilhelm II. Montag nachm. 5 Uhr von Cherbourg abgeh. Hamburg, 7. April. Voermann-Linie. Anna Woermann auf Ausreise gestern in Zighichor einget. Kurt Woermann auf Ausreise gestern in Dakar einget. Swakomund auf Ausreise gestern in Sao Thome einget.

## Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null)

Saale und Unstr.	6. April	0-87	7. April	1-13	Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel	6	-2,09	-2,17	-2,17	28	
Nebra, Oberpegel . . .		-1,98	-1,98	-1,98	22	
Unterpegel . . .		-2,74	-2,74	-2,74	2	
Unterpegel . . .		-1,48	-1,48	-1,48	2	
Trotha . . .	6	-2,96	-2,98	-2,98	2	
Alsenburg, Oberpegel . .	6	-2,70	-2,70	-2,70	2	
Alsenburg, Unterpegel . .		-2,47	-2,47	-2,47	19	
Berbig . . .		-2,15	-2,15	-2,15	18	
Kalbe, Oberpegel . . .		-1,92	-1,94	-1,94	2	
„ Unterpegel . . .		-2,00	-2,02	-2,02	16	

Moldau.		Isar.		Eibe.	
April	Fall/Wuchs	April	Fall/Wuchs	April	Fall/Wuchs
Budweis . . .	6, -0,52	4	Torgau 7	7, -2,32	2
Prag . . .	6, -0,51	1	Wittenberg 7	6, -2,97	2
„ „	6, -0,51	1	„ „	6, -2,51	2
„ „	6, -0,98	6	„ „	6, -2,84	12
„ „	6, -0,98	6	„ „	6, -2,44	16
„ „	6, -1,50	11	„ „	6, -2,32	10
„ „	6, -1,10	8	„ „	6, -2,88	6
„ „	6, -1,49	9	„ „	6, -2,22	4
„ „	6, -1,49	9	„ „	6, -2,20	2
„ „	6, -1,07	13	„ „	6, -2,23	2